

Die Gemeinde Schwabhausen erläßt auf Grund des Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) i.d.F. vom 06.01.1993 (GVBl S. 65, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 1997 (GVBl S. 344) folgende

**Satzung zur ersten Änderung der
Satzung zur Durchführung von
Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (BBS):**

§ 1

Der § 1 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:

„(2) Bei Bürgerbegehren muß die Wahlberechtigung am Tag des Eingangs des Bürgerbegehrens nach Art. 18 a Abs. 4 GO beim ersten Bürgermeister gegeben sein.“

§ 2

Der § 4 erhält folgende neue Fassung:

„§ 4

Entscheidung über die Zulässigkeit, Rücknahme

(1) Die Entscheidung des Gemeinderats über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens wird den Vertretern des Bürgerbegehrens und gegebenenfalls einem betroffenen Dritten bekanntgegeben.

(2) Die Vertretungsberechtigten können das Bürgerbegehren spätestens bis zum Tag der Entscheidung über die Zulässigkeit gemeinschaftlich zurücknehmen, wenn sie dazu auf den Unterschriftsbogen ermächtigt wurden. Die Rücknahme einzelner Unterschriften ist ab Einreichung wirkungslos.

(3) Bei der Ermittlung des Quorums sind Bruchzahlen aufzurunden.“

§ 3

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Schwabhausen, 03. Februar 1998

Gemeinde Schwabhausen



Mederer

1. Bürgermeister



Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (BBS)

vom 15. Mai 1997

Die Gemeinde Schwabhausen erläßt auf Grund des Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern - GO - (BayRS 2020-1-1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 27. Oktober 1995 (GVBl S. 730) folgende Satzung:

Abschnitt I

Allgemeines

§ 1

Antragsrecht und Stimmrecht

(1) ¹Antragsberechtigt bei Bürgerbegehren und stimmberechtigt bei Bürgerentscheiden sind alle Gemeindebürger. ²Die Eigenschaft des Gemeindebürgers richtet sich nach Art. 15 Abs. 2 der Gemeindeordnung in der jeweils geltenden Fassung (GO), Art. 1 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes in der jeweils geltenden Fassung (GLKrWG) und nach § 1 der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung in der jeweils geltenden Fassung (GLKrWO).

(2) Bei Bürgerbegehren muß die Wahlberechtigung am Tag des Eingangs des Bürgerbegehrens nach Art. 18 a Abs. 4 GO oder des Antrags nach Art. 18 a Abs. 8 GO beim ersten Bürgermeister gegeben sein.

(3) Für die Ausübung des Stimmrechts gilt Art. 3 GLKrWG entsprechend.

Abschnitt II

Bürgerbegehren

§ 2

Unterschriftenbogen

(1) ¹Bürgerbegehren müssen schriftlich beim ersten Bürgermeister eingereicht werden. ²Sie müssen auf Unterschriftenbogen eingereicht werden, die eine Kurzbezeichnung des Bürgerbegehrens, die mit ja oder nein beantwortbare Fragestellung, eine Begründung sowie den Namen und die Anschrift der drei Personen enthalten, die von den Unterzeichnenden als ihre Vertreter bestimmt werden (Vertretungsberechtigte). ³Werden mehrere Bogen zu einem Heft zusammengefaßt, genügt es, wenn der Antrag samt Kurzbezeichnung, Fragestellung, Begründung und Vertretungsberechtigten einmal am Anfang steht.

(2) ¹Die Personen, die das Bürgerbegehren unterstützen, müssen in den Bogen oder Heften mit Familiennamen, Vornamen und Anschrift der Hauptwohnung aufgeführt sein; das Geburtsdatum soll angegeben werden. ²Das Begehren muß eigenhändig unterzeichnet sein. ³Darüber hinaus ist eine Spalte für amtliche Prüfvermerke freizuhalten. ⁴Die Unterschriften sind innerhalb eines Bogens oder eines Hefts fortlaufend zu numerieren. ⁵Die Seiten eines Hefts sind fortlaufend zu numerieren. ⁶In der Gemeinde werden Muster für die Unterschriftenbogen bereitgehalten.

(3) Unterschriftenbogen oder Hefte sind insgesamt ungültig, wenn sie den Anforderungen des Absatzes 1 Satz 2 nicht genügen.

(4) ¹Einzelne Eintragungen in einem Unterschriftenbogen oder einem Heft sind ungültig, wenn

1. wenn sie keine eigenhändige Unterschrift enthalten,
2. wenn sie die Person des Eingetragenen nicht eindeutig erkennen lassen oder
3. wenn die eingetragene Person nicht antragsberechtigt ist.

²Mehrfacheintragungen gelten als eine Eintragung.

(5) Fehlende Unterschriften können nach Einreichung des Bürgerbegehrens bis zur Entscheidung über die Zulässigkeit nachgebracht werden.

§ 3

Wählerverzeichnisse bei Bürgerbegehren

¹Die Wählerverzeichnisse sind entsprechend §§ 18 und 24 Abs. 2 GLKrWO anzulegen.

²Sie sind für die Feststellung der gültigen Unterschriften eines Bürgerbegehrens nicht zur Einsichtnahme auszulegen. ³Beschwerden wegen der Richtigkeit und der Vollständigkeit der Wählerverzeichnisse sind bei Bürgerbegehren nicht zulässig.

§ 4

Entscheidung über die Zulässigkeit und die Sperrwirkung, Rücknahme

(1) ¹Nach Abgabe von einem Drittel der Unterschriften nach Art. 18 a Abs. 8 GO stellt der Gemeinderat oder der nach der Geschäftsordnung zuständige Ausschuß unverzüglich fest, ob die Sperrwirkung eingetreten ist. ²Die Entscheidung wird den Vertretern des Bürgerbegehrens und gegebenenfalls einem betroffenen Dritten bekanntgegeben.

(2) ¹Die Vertretungsberechtigten können das Bürgerbegehren spätestens bis zum Tag der Entscheidung über die Zulässigkeit gemeinschaftlich zurücknehmen, wenn sie dazu auf den Unterschriftenbogen ermächtigt wurden. ²Die Rücknahme einzelner Unterschriften ist ab Einreichung wirkungslos.

(3) Die Entscheidung des Gemeinderats über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens wird den Vertretern des Bürgerbegehrens und gegebenenfalls einem betroffenen Dritten bekanntgegeben.

(4) Bei der Ermittlung des Quorums sind Bruchzahlen aufzurunden.

Abschnitt III

Bürgerentscheid

§ 5 Abstimmungsorgane

(1) Abstimmungsorgane der Gemeinde sind

1. der Abstimmungsleiter und der Abstimmungsausschuß,
2. ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Stimmbezirk,
3. ein oder mehrere Briefwahlvorsteher und Briefwahlvorstände.

(2) ¹Die Bestimmungen in Art 4 Abs. 2 bis 4 und Art. 6 GLKrWG sowie in §§ 2 und 6 bis 14 GLKrWO entsprechend anzuwenden. ²Die Niederschriften sollen den in den Anlagen zur GLKrWO und zur Bekanntmachung zum Vollzug des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes und der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWBek) enthaltenen Mustern für die Wahl des ersten Bürgermeisters angepaßt werden.

(3) ¹Die Vorbereitung und die Durchführung des Bürgerentscheids obliegt dem ersten Bürgermeister als Abstimmungsleiter. ²Für die Stellvertretung des ersten Bürgermeisters gilt Art. 39 Abs. 1 GO.

(4) ¹Mitglieder des Abstimmungsausschusses sind der Abstimmungsleiter als vorsitzendes Mitglied und vier von ihm berufene, zu Gemeindeämtern wählbare Gemeindebürger als Beisitzer. ²Bei der Berufung der Beisitzer sind die Vertreter der Bürgerbegehren sowie die politischen Parteien und die Wählergruppen entsprechend ihrer Bedeutung in der Gemeinde nach Möglichkeit zu berücksichtigen. ³Für jeden Beisitzer wird eine stellvertretende Person berufen. ⁴Kein Bürgerbegehren, keine Partei oder Wählergruppe darf durch mehrere Beisitzer vertreten sein. ⁵§ 5 Abs. 3 und 4 GLKrWO gelten entsprechend.

(5) Die Mitglieder der Abstimmungsorgane erhalten eine Entschädigung in Höhe von 20,00 DM.

§ 6 Tag und Dauer des Bürgerentscheids

(1) ¹Der Bürgerentscheid findet an einem Sonntag oder an einem Feiertag statt. ²Der Tag der Abstimmung wird vom Gemeinderat festgesetzt. ³Mehrere Bürgerentscheide am selben Tag können von ihm zugelassen werden.

(2) Die Abstimmung dauert von 8 Uhr bis 18 Uhr.

§ 7 Stimmbezirke

Für die Bildung der Stimmbezirke gelten Art. 10 Abs. 2 GLKrWG und § 17 Abs. 1 und 2 GLKrWO entsprechend.

§ 8

Wählerverzeichnisse für den Bürgerentscheid

(1) ¹Für die Anlegung, die Weiterführung und den Abschluß der Wählerverzeichnisse gelten Art. 11 Abs. 1 Satz 1 GLKrWG sowie §§ 18, 24 und 25 GLKrWO entsprechend. ²Wählerverzeichnisse für ein Bürgerbegehren können für einen Bürgerentscheid fortgeschrieben werden.

(2) Für Anträge auf Eintragung in die Wählerverzeichnisse gelten Art. 11 Abs. 3 GLKrWG und § 19 GLKrWO entsprechend.

(3) Für die Auslegung der Wählerverzeichnisse sind die Vorschriften in Art. 11 Abs. 1 Satz 3 GLKrWG und §§ 21 und 22 GLKrWO entsprechend anzuwenden.

(4) ¹Beschwerden gegen die Richtigkeit und die Vollständigkeit der Wählerverzeichnisse sind innerhalb der Auslegungsfrist bei der Gemeinde einzulegen; § 23 Abs. 1 bis 3 GLKrWO sind entsprechend anzuwenden. ²Über die Beschwerden entscheidet die Gemeinde. ³Die Entscheidungen sind den Beteiligten unverzüglich zuzustellen.

(5) ¹Die Stimmberechtigten sind entsprechend § 20 GLKrWO zu benachrichtigen. ²Gleichzeitig mit der Wahlbenachrichtigung unterrichtet der Bürgermeister die Gemeindebürger schriftlich über die Fragestellung und die Begründung des Bürgerbegehrens. ³Außerdem legen zusammen mit dieser Benachrichtigung die Vertretungsberechtigten sowie der Gemeinderat unter Beachtung von Art. 18 a Abs. 15 GO ihre Auffassung zum Gegenstand des Bürgerentscheids dar.

(6) Das Muster der Bekanntmachung über die Auslegung der Wählerverzeichnisse und die Erteilung von Wahlscheinen (Anlage zur GLKrWO) und die Muster der Wahlbenachrichtigung und der Beurkundung des Abschlusses des Wählerverzeichnisses (Anlagen zur GLKrWBek) sind entsprechend zu verwenden.

§ 9

Erteilung der Wahlscheine

(1) ¹Für die Erteilung der Wahlscheine, die Führung der Wahlscheinverzeichnisse, die Versendung der Wahlscheine, die Ungültigkeit und den Verlust der Wahlscheine sowie für Beschwerden gegen die Versagung eines Wahlscheins sind Art. 12 Abs. 1 GLKrWG, § 26, § 27 Abs. 1, 2, 4 und 5, § 28 Abs. 1, 2 und 4, §§ 29 bis 32 GLKrWO entsprechend anzuwenden. ²Art. 12 Abs. 2 GLKrWG und § 33 GLKrWO sind mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Beschwerden an die Gemeinde zu richten sind und daß die Gemeinde hierüber entscheidet.

(2) ¹Das Muster des Wahlscheins (Anlage zur GLKrWO) ist mit der Maßgabe zu verwenden, daß anstatt der Versicherung an Eides Statt lediglich eine Versicherung zur Briefwahl abzugeben ist. ²Das Muster zum Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins (Anlage zur GLKrWBek) ist entsprechend zu verwenden.

§ 10 Briefliche Abstimmung

(1) Für die briefliche Abstimmung (Briefwahl) gelten Art. 13 GLKrWG und § 72 GLKrWO mit der Maßgabe, daß statt der Versicherung an Eides Statt nach Art. 13 Abs. 2 GLKrWG und nach § 72 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 GLKrWO lediglich eine Versicherung zur Briefwahl abzugeben ist.

(2) Für die Herstellung der Briefwahlunterlagen sind die Anlagen in der GLKrWBek entsprechend zu verwenden.

§ 11 Stimmzettel

(1) ¹Die Stimmzettel müssen die Fragestellung enthalten. ²Begründungen und Auffassungen zum Gegenstand des Bürgerentscheids werden in die Stimmzettel nicht aufgenommen. ³Die Stimmzettel sollen den in der Anlage zur GLKrWO enthaltenen Mustern für die Wahl des ersten Bürgermeisters angepaßt werden.

(2) ¹Finden mehrere Bürgerentscheide zum im wesentlichen gleichen Gegenstand an einem Abstimmungstag statt, sind die Fragestellungen auf einem Stimmzettel gemeinsam aufzuführen. ²Die Reihenfolge richtet sich nach der vom Gemeinderat festgestellten Zahl der gültigen Eintragungen. ³Hat der Gemeinderat zum im wesentlichen gleichen Gegenstand die Durchführung eines Bürgerentscheids beschlossen, wird dessen Fragestellung vor den mit Bürgerbegehren gestellten Fragen aufgeführt.

§ 12 Stichfrage bei mehreren Bürgerentscheiden zum gleichen Gegenstand

¹Finden am gleichen Tag mehrere Bürgerentscheide zum im wesentlichen gleichen Gegenstand statt, kann der Gemeinderat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließen, daß gleichzeitig eine Stichfrage gestellt wird. ²Bei einem Stichentscheid kann die stimmberechtigte Person zusätzlich darüber entscheiden, welches Bürgerbegehren in Kraft treten soll, falls mehrere Bürgerbegehren angenommen wurden. ³Die Stichfrage muß so gestellt werden, daß eine eindeutige Klärung des strittigen Gegenstands erreicht wird. ⁴Über die Formulierung der Stichfrage entscheidet der Gemeinderat. ⁵Die Stichfrage ist auf den Stimmzettel aufzunehmen.

§ 13 Grundsatz der Öffentlichkeit

Für den Grundsatz der Öffentlichkeit gelten die Bestimmungen des Art. 16 GLKrWG entsprechend

§ 14 Abstimmungsgeheimnis, unzulässige Beeinflussung, unzulässige Veröffentlichung von Befragungen

Für die Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses, die unzulässige Beeinflussung und die unzulässige Veröffentlichung von Befragungen gelten die Bestimmungen der Art. 17 und 19

GLKrWG entsprechend.

§ 15

Abstimmungsbekanntmachung

¹Für den Erlaß der Abstimmungsbekanntmachung sind die Bestimmungen in § 56 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 bis 6 GLKrWO entsprechend anzuwenden. ²Das Muster für die Wahlbekanntmachung in der Anlage zur GLKrWO ist entsprechend zu verwenden.

§ 16

Abstimmungsräume, Wahlzellen, Wahlurnen, Wahltisch

Für Abstimmungsräume, Wahlzellen, Wahlurnen und Wahltische sind die Bestimmungen der §§ 57 bis 60 GLKrWO entsprechend anzuwenden.

§ 17

Ausstattung der Wahlvorstände und der Briefwahlvorstände

¹Die Bestimmungen des § 61 GLKrWO sind mit Ausnahme des Abs. 1 Nr. 5 entsprechend anzuwenden. ²Zusätzlich zu § 61 Abs. 1 Nr. 7 GLKrWO erhalten die Wahlvorsteher und die Briefwahlvorsteher einen Abdruck dieser Satzung.

§ 18

Eröffnung, Verlauf und Schluß der Abstimmung

Für die Eröffnung, den Verlauf und den Schluß der Abstimmung sind die Bestimmungen der §§ 62 bis 71 GLKrWO entsprechend anzuwenden.

§ 19

Behandlung und Zulassung der Wahlbriefe

Für die Behandlung und die Zulassung der Wahlbriefe sind die Bestimmungen der §§ 73 bis 77 GLKrWO entsprechend anzuwenden.

§ 20

Stimmvergabe

¹Jede stimmberechtigte Person hat zu jeder Fragestellung und zu der Stichfrage jeweils eine Stimme. ²Sie ist an die vorgedruckte Fragestellung gebunden. ³Die stimmberechtigte Person kennzeichnet dazu den Stimmzettel an der dafür vorgesehenen Stelle in eindeutig bezeichnender Weise.

§ 21

Ermittlung des Abstimmungsergebnisses

(1) Die Wahlvorstände und die Briefwahlvorstände ermitteln das Abstimmungsergebnis entsprechend §§ 82 und 83 GLKrWO.

(2) ¹Die Stimmzettel werden auf ihre Gültigkeit geprüft und dann in folgende Stapel gelegt:

1. gültige Stimmzettel mit einer Ja - Stimme
2. gültige Stimmzettel mit einer Nein - Stimme
3. Stimmzettel, die leer abgegeben wurden,
4. Stimmzettel, die zu Bedenken Anlaß geben.

²Im übrigen wird entsprechend § 84 Abs. 2 GLKrWO verfahren.

(3) Enthält der Stimmzettel Fragestellungen zu mehreren Bürgerbegehren oder zu einem Stichentscheid, sind die Stimmzettel nach Auswertung der Stimmen für das erste Bürgerbegehren für anschließend auszuzählende Bürgerbegehren sowie für einen Stichentscheid nach Absatz 2 jeweils neu zu ordnen und auszuwerten.

§ 22

Ungültigkeit der Stimmvergabe, Beschlüsse

(1) Für die Ungültigkeit der Stimmvergabe sind §§ 86 und 87 GLKrWO entsprechend anzuwenden.

(2) Für die Beschlußfassung bei Stimmzetteln, die Anlaß zu Bedenken geben, ist § 90 GLKrWO entsprechend anzuwenden.

§ 23

Feststellung, Verkündung und Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses

(1) ¹Nach Auswertung aller Stimmzettel stellt der Wahlvorstand fest:

1. die Zahl der Stimmberechtigten
2. die Zahl der Personen, die abgestimmt haben,
3. die Zahl der gültigen Ja - Stimmen,
4. die Zahl der gültigen Nein - Stimmen,
5. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
6. die Zahl der insgesamt abgegebenen ungültigen Stimmzettel.

²Der Briefwahlvorstand stellt das Ergebnis nach Satz 1 ohne Nr. 1 fest. ³Finden mehrere Bürgerentscheide zum gleichen Gegenstand statt, werden die Feststellungen nach Satz 1 auch im Fall des § 11 Abs. 2 zu jedem Bürgerbegehren gesondert getroffen. ⁴Bei einem Stichentscheid gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß bei den Nrn. 3 und 4 die gültigen Stimmen für das jeweilige Bürgerbegehren festzustellen sind.

(2) Für die Feststellung des Abstimmungsergebnisses gelten im übrigen die Bestimmungen des Art. 18 GLKrWG und des § 91 Abs. 2 GLKrWO entsprechend.

(3) Über das Abstimmungsergebnis erstatten die Wahlvorstände und die Briefwahlvorstände eine Schnellmeldung an die Gemeinde entsprechend § 92 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 GLKrWO.

(4) Der Abstimmungsleiter ermittelt das Abstimmungsergebnis für das Gebiet der

Gemeinde entsprechend Absatz 1; § 93 Abs. 5 GLKrWO gilt entsprechend.

(5) ¹Der Abstimmungsausschuß stellt entsprechend § 94 Abs. 1 GLKrWO fest:

1. die Zahlen nach Absatz 1,
2. in welchem Sinn der Bürgerentscheid aufgrund der abgegebenen gültigen Stimmen, gegebenenfalls aufgrund des Stichentscheids, entschieden ist.

²Er kann die Stimmergebnisse und die Auswertung der Stimmzettel einschließlich der Entscheidungen der Wahlvorstände und der Briefwahlvorstände berichtigen.

(6) ¹Das Abstimmungsergebnis ist entsprechend § 94 Abs. 2 GLKrWO bekanntzumachen.

²Das in der Anlage zur GLKrWO enthaltene Muster der Bekanntmachung des Ergebnisses der Wahl des ersten Bürgermeisters soll entsprechend verwendet werden.

Abschnitt IV

Schlußbestimmungen

§ 24

Datenverarbeitung, Bekanntmachungen

(1) Für den Einsatz der Datenverarbeitung ist § 16 GLKrWO entsprechend anzuwenden.

(2) Für Bekanntmachungen ist § 99 GLKrWO entsprechend anzuwenden.

§ 25

Sicherung, Verwahrung und Vernichtung der Abstimmungsunterlagen

Für die Sicherung, Verwahrung und Vernichtung der Abstimmungsunterlagen gelten §§ 100 und 101 GLKrWO entsprechend.

§ 26

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Schwabhausen, 15. Mai 1997

Gemeinde Schwabhausen



Mederer

1. Bürgermeister

